

Eigentum des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB)

Rohtmaterial — Nur zur streng persönlichen Kenntnisaufnahme des Empfängers.

(Ohne redaktionelle Verantwortung.)

735

IMB

Nr. 320
P O L O

19.11.38.

morgens
Blatt - 3 -

W a r s c h a u , 19. Novb.- Die Judenfrage greifen heute einzelne polnische Blätter wieder auf. Bei der Erwägung der Unterbringung der jüdischen Bevölkerung müssen -- so schreibt "Kurjer Poranny" -- die Interessen sämtlicher Staaten berücksichtigt werden, in denen es eine jüdische Frage gibt. Zu diesen Staaten gehöre auch Polen. Da Polen das Land mit der größten Zahl von Juden ist, stehe es sogar in dieser Hinsicht an einem der ersten Plätze. Die Westmächte hätten bei ihren bisherigen Erwägungen immer nur die Frage der jüdischen Emigranten aus Deutschland behandelt. Deutschland habe auf diese Weise eine Art von Prämie für die Anwendung seiner besonderen Methoden bei der Lösung der Judenfrage erhalten. Das Blatt fragt, ob erst nationalsozialistische Methoden die Aufmerksamkeit auf die Dringlichkeit und Bedeutung der jüdischen Frage zuwenden und die Vertreter der englischen und amerikanischen Öffentlichkeit hiervon zu überzeugen vermögen. Die interessierten jüdischen Kreise sollten den Standpunkt Polens verstehen und dazu beitragen, daß dieser Standpunkt respektiert wird; denn dies liege im Interesse der polnischen Juden, ~~da~~ das Beispiel der radikalen Lösungen im Lande des westlichen Nachbarn Polens sicherlich nicht ermutigend ^{(ist.}

Der konservative "Czar" schreibt, entscheidend für die jüdische Frage sei der Standpunkt der Staaten, die sich im Besitz von Gebieten befinden, die für die Aufnahme der jüdischen Emigranten in Betracht kommen. Die öffentliche Meinung dieser Staaten haben laut ihr Mitgefühl für die deutschen Juden zum Ausdruck gebracht. Die Hilfsaktion der westlichen Großmächte für das Judentum sollte sich nicht darauf beschränken, die Auswirkungen der Zwangsmaßnahmen, die gegen die Juden irgendwo angewandt worden sind, zu mildern; man sollte vielmehr rechtzeitig dafür sorgen, daß in Zukunft derartige Zwangsmaßnahmen überhaupt nicht mehr stattfinden können. Man müsse der jüdischen Frage ihre Schärfe nehmen. Dies lasse sich nur durch die Auswanderung der Juden aus den Ländern erreichen, wo sie aus diesem oder jenem Grunde die Existenzgrundlage verlieren.

(Schluß auf Bl.-2-)

Eigentum des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB)

Rohmaterial — Nur zur streng persönlichen Kenntnisnahme des Empfängers.

(Ohne redaktionelle Verantwortung.)

Nr, 320
P o l o

19.11.1938

136
morgens
Blatt - 2 -

.....Karpato-Ukraine berichte die deutsche Presse, dass diese Unruhen aus der Luft gegriffen sind. Aus allen deutschen Quellen gewinne man die Überzeugung, dass sich ausschliesslich Berlin der Vereinigung der Karpato-Ukraine mit Ungarn widersetzt. Deutschland möchte die Welt davon überzeugen, dass der Wiener Schiedsspruch den Umbau Mitteleuropas ausschliesslich im Sinne der deutschen Politik endgültig abgeschlossen hat. Die Deutschen möchten sich in der Karpato-Ukraine festsetzen, um von hier aus ihre grossen politischen und wirtschaftlichen Pläne an der Schwarzen Meer-Küste zu verwirklichen.

W a r s c a h a u, 19. November. — Anlässlich des 20. Jahrestages der Unabhängigkeit Lettlands veranstaltete die Polnisch-Lettische Gesellschaft in Warschau in Feier, der ausserdem lettischen Gesandten auch der stellvertretende polnische Vizeausserminister Arciszewski beiwohnte. In der Feier ergriff u.a. der lettische Gesandte das Wort.

W a r s c h a u, 19. Novb. — "Kurjer Poranny" meldet, in politischen Kreisen Warschaws sei die Rede davon, daß der jetzige Chef des Lagers der Nationalen Einigung, General Skwarczynski, sein Amt niederzulegen beabsichtige. Als Nachfolger werde der Hauptkommandant des Legionärsverbandes, Verkehrsminister Oberst Ulrych, genannt. —

(Schluß d. Meldg. v. Bl. -3-)

...verlieren. Das gilt vor allem für diejenigen Staaten, in denen die Juden den größten Hundertsatz in der Bevölkerung bilden. Die Judenfrage müsse auf reale Wege gelenkt werden. Die Grossmächte, die den Juden so viele Gefühle entgegenbringen, sollten das endlich verstehen.—

Eigentum des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB)

Rohmaterial — Nur zur streng persönlichen Kenntnisnahme des Empfängers.

(Ohne redaktionelle Verantwortung.)

137

Nr. 310.

A n g l o

9.11.38.

abends

Blatt - 11 -

L o n d o n , 9. November. Mit dem üblichen Zeremoniell wurde heute der neue Lordmayor von London, Sir Frank Bowater in sein Amt eingeführt. Durch die Strassen der City bewegte sich in den Vormittagsstunden wieder der traditionelle Umzug, der dieses Jahr in erster Linie aus Militär bestand. Die Strassen waren von Schaulustigen eng umsäumt, die das farbenprächtige Bild des Umzugs des neuen Lordmayors durch die City mitgenossen.

L o n d o n , 9. November. Der König empfing am Mittwoch vormittag Admiral Sir Roger Backhouse, den neuernannten ersten Seelord, im Buckinghampalast in Audienz. Ausserdem wurden der britische Gesandte in Athen, Sir Sidney Waterloo und General Sir Charles Harlington, der von seinem Posten als Gouverneur von Gibraltar zurückgetreten ist, vom König empfangen. Die Königin empfing zu gleicher Zeit den neuen japanischen Botschafter Shigemitsu.

L o n d o n , 9. November. Der bekannte englische Pazifist Lansbury hat den Vorsitz eines Hilfsausschusses für polnische Judenflüchtlinge übernommen. In einem Spendenaufruf sagt er u. a., dass nichts zurzeit wichtiger sei als Menschen zu helfen, die wie Vieh aus ihrer Heimat vertrieben würden und die kein anderes Verbrechen begangen hätten, als das ihrer Geburt.

11023

Lagebericht

7. d. e. P. M. R.
F. M. R.

Der polnische Botschafter in London hat, wie Press Association meldet, die britische Regierung auf die Lage von tausenden polnischer Juden aufmerksam gemacht, die, aus Deutschland ausgewiesen, jetzt auf der Grenze zwischen Deutschland und Polen leben. Die polnische Regierung habe darauf hingewiesen, dass sie diese Angelegenheit für wichtig erachte. Man glaube jetzt, dass diese Angelegenheit dem Londoner Vizevorsitzenden-ausschuss der Evian Flüchtlingskonferenz überwiesen werden würde, die wahrscheinlich zu Beginn Dezember in London zusammen-treten werde.

Der "Star" behauptet in seiner politischen Plauderecke, der polnische Botschafter habe im Namen seiner Regierung den Vorschlag gemacht, dass man diesen 10 000 polnischen jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland gestatten solle, nach Palästina auszuwandern.

P. O. Taylor.

Kell r.

24. 9. 38

H MLO

F. M. L.

138